



Pressemitteilung

Frankfurt, 22. September 2022

Resolution der hessischen Ärzteschaft – Kein Klinik- und Praxissterben durch Inflation!

Die Delegiertenversammlung der Landesärztekammer Hessen forderte am 21.09.2022 rasches Handeln der Politik, um Mehrkosten durch Inflation und steigende Energiepreise ausgleichen zu können.

Im Beschluss heißt es wörtlich:

„Kein Kliniksterben und Praxissterben durch Inflation!

Kalte Strukturbereinigung ist kein Steuerungsinstrument der Gesundheitspolitik.

Die Delegiertenversammlung fordert ein rasches Handeln der Politik, um Kliniken und Praxen die durch Inflation und gestiegene Energiepreise bedingten Mehrkosten zu ersetzen.

Die geltenden Vergütungssysteme bilden die aktuellen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen weder im ambulanten noch im stationären Bereich ab.

Explodierende Energiekosten und hohe Inflationsraten führen zu einer Bedrohung der Daseinsvorsorge. Kliniken geraten unverschuldet in die Gefahr einer Insolvenz und damit einer Schließung. Praxen könnten gezwungen sein, ihren Betrieb einzuschränken oder gar einzustellen.

Dies gefährdet die Patientenversorgung!

Ein unstrukturierter Abbau von Kliniken und Praxen durch eine kalte Strukturbereinigung wird langfristig zu Unterversorgung führen. Personal, Fachwissen und Expertise gehen durch wirtschaftlichen Druck verloren.

Der Wiederaufbau notwendiger Klinik- und Praxisstrukturen würde, sofern überhaupt noch möglich deutlich mehr Kosten verursachen als sofortige Hilfen.

Diese hilfsbedingt notwendigen Kosten lassen sich betriebswirtschaftlich gut ermitteln, um entsprechende Ausgleichszahlungen zu berechnen.

Rasche Hilfe ist zwingend, um langanhaltende oder gar irreparable Schäden zu vermeiden.“